

vierteljährlich 70 Pf. ...

Gegründet 1877.



Die 1spaltige Zeile ...

Versprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 115 Druck und Verlag in Altensteig. Mittwoch, den 19. Mai. Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Fünf Jahre Türkei.

In San Remo wurde das Schicksal der Türkei auf dem Papier entschieden. In der Aufstellung bekommt England, wie schon berichtet, den Hauptanteil: Arabien, Mesopotamien, den Irak, d. h. die Landbrücke zwischen Ägypten und Indien, das alte Ziel der britischen Politik. Dazu kommt das ganze ehemals russische Erdölgebiet bei Kaukasus, das zusammen mit den Oelfeldern in Mesopotamien und Persien die Vervollständigung der britischen Flotte, die jetzt schon größtenteils für Oelheizung eingerichtet ist, von dem amerikanischen Oelmonopol ganz unabhängig machen wird. England übernimmt ferner die Schutzherrschaft über den Judenstaat Palästina als Voraussetzung zu seiner ägyptisch-englischen Stellung. Der Frankreich zugesprochene Anteil an Syrien und Cilicien ist dadurch zugleich so gesichert, daß es England mit Hilfe der Araber stets ein Leichtes sein wird, Frankreich wieder aus dem kleinasiatischen Sattel zu heben. Ein Stück Kleinasien erhält ferner Italien, ein anderes Griechenland, das, wie ein italienisches Blatt schrieb, nur die „Rasche“ Englands ist. Die bisherige europäische Türkei ist bis an die Tschataltschalinie erstaunderweise ebenfalls Griechenland zugesprochen worden, obwohl es in diesen Gebieten Thrakiens so gut wie keine griechische Bevölkerung gibt. Ungelöst bleibt die armenische Frage. Ungelöst bleibt aber die türkische Frage überhaupt. Und doch ist das Schicksal der Türkei nicht so verweilt, wie es das unsere durch Verfallenes geworden ist. Denn sie liegt außerhalb des unmittelbaren Machtbereichs der Weltmächte. Sie bleibt der Panzertür, um den sich Frankreich, England, Italien und Griechenland streiten.

Für die erstaunliche Fähigkeit und Lebensfähigkeit der Türkei zeugt es, daß die Türken bereits wieder, mit bolschewistischer Geldunterstützung, von Mosul aus unter Führung von Mustafa Kemal Pascha, dem ehemaligen Führer der 2. türkischen Armee in diesen Gegenden, den Kampf gegen die Engländer aufgenommen haben, während die Araber, die man im Krieg zum Abfall von den Türken gebracht hatte, gegen die Franzosen in Syrien und Cilicien vorgehen. Vorläufig ist also trotz des Teilungsvertrags von Paris noch manches im Orient im Fluß und es verlohnt sich, mit den Erfahrungen aus den Kriegereignissen an den türkischen Fronten und mit der Eigenart des türkischen Soldaten sich näher zu beschäftigen. Und darüber finden sich wertvolle Aufschlüsse in dem eben erschienenen Werk des Marschalls Liman von Sanders „Fünf Jahre Türkei“ (Verlag von August Scherl, Berlin). Die Darstellungen des deutschen Generals, der zur Reorganisation des türkischen Heeres nach Konstantinopel berufen worden war, bieten zugleich viel Beachtenswertes für die Gegenwart und Zukunft der Länder der Türkei. In dem Bild der deutschen Erinnerung an die Weltkriegstaten der Türken sind nur noch Gallipoli und Bagdad ganz deutlich geblieben. Über den anderen Unternehmungen liegt ein gewisses Dunkel. Jetzt wird es ausgeleuchtet durch Limans Aufzeichnungen. Von allen Kriegsbüchern ist es eines der ausführlichsten, weil es Klarheit bringt über Ereignisse, von denen wir bisher nur wenig oder nichts gewußt hatten. Ein großer Vorzug des Buches liegt auch darin, daß der Verfasser äußerst klar und bestimmt spricht und zu allem die Beweismittel beibringt.

Die Verteidigung der Dardanellen ist das einzig erfolgreiche Unternehmen der verbundenen Türken und Deutschen und für Liman wie für seine Mitkämpfer wahrhaft glorreich gewesen. Wenn man Limans Buch gelesen hat, so möchte man wünschen, es wäre darüber hinaus überhaupt nichts, außer etwa der Sicherung der Grenzen gegen Rußen und Engländer übernommen worden. Das schon seinerzeit unbestimmt empfunden wurde, nämlich, daß der Feldzug gegen den Suezkanal zu keinem Erfolg führen konnte, daß der Bagdadfeldzug mit ungenügenden Kräften unternommen worden war, das wird jetzt von Liman offen ausgesprochen und unabweislich nachgewiesen. Der Nachweis aber stützt sich nicht etwa nachträglich auf die Kenntnis von dem Mißerfolg, sondern er wurde von Liman selbst schon, als das Unternehmen im Gang war, an den maßgebenden Stellen geführt. Ebenso hat er seine warnende Stimme bei den weitverbreiteten Unternehmungen der Türkei in Kaukasus und gegen Persien und auch vor dem „Hilberim“-Feldzug in Mesopotamien und Palästina erhoben.

Nachträglich erkennen wir, wieviel Täuschungen wir uns hinsichtlich der Türkei hingegeben haben. Als der Marschall im August 1914 zur Entlastung der österreichischen Front unter dem Schutze der beiden deutschen Kreuzer

eine große türkische Truppenlandung zwischen Odessa und Aderman vorschlug, fand er dabei keine Unterstützung, und es wurde ein Vorgehen gegen den Suezkanal beschlossen, womit, wie Liman von Sanders sagt, in Deutschland „ein direkt phantastischer Unfug“ getrieben worden sei. Dieser Feldzug gegen den Suezkanal — der erste Vorstoß am 3. Februar 1915 überraschte allerdings die Engländer und brachte „auf eine halbe Stunde“ das Kanalufer bei Ismail in den Besitz zweier türkischer Kompagnien — wird von dem Marschall als von vornherein fast aussichtslos hingestellt. „Mit 16 000 Mann türkischer Truppen konnte man Mesopotamien nicht erobern“, außerdem war der Kanal mit vier Schienenstrahlen auf jedem Ufer, zahlreichem Eisenbahnmateriale und vielen Kriegsschiffen gesichert. Auf türkischer Seite fehlte aber die notwendige durchgehende Eisenbahnverbindung; das Wasser für Menschen und Tiere mußte wie jedes Artilleriegeschütz mit Kamelen durch die Wüste gebracht werden. Vor allem aber ist — was uns nachträglich als das bedauerlichste und unbegreiflichste Besäumnis erscheint — das letzte Verbindungsglied der anatolischen Bahn mit der nach Arabien führenden eingleisigen Hedschasbahn während des ganzen Krieges nicht vollendet worden. Erst im Oktober 1918 war der große Taurusstunnel fertig; bis dahin mußte der Verkehr mit Umladung nördlich des Taurus über das Gebirge mit Kamelen und Wagen erfolgen. Wie sehr man orientalische Dinge mit den Augen des Orientis sehen muß, und wie sehr uns, wie Max Eyth einmal sagt, die Seele des Orientis stets innerlich verschlossen bleiben wird, zeigt die eine von Liman von Sanders mitgeteilte Tatsache, daß die von Erzrum im Januar 1915 gegen die Russen vorgegangene 3. türkische Armee fast völlig vernichtet worden ist — von 90 000 Mann kamen nur 12 000 zurück — und daß diese schwere Niederlage den deutschen Offizieren einfach verheimlicht wurde.

Ähnlich liegen die Dinge mit dem „Heiligen Krieg“, von dem man sich in Deutschland vielfach einen großen Einfluß auf die mohammedanische Bevölkerung Indiens versprochen. Kein Türke habe diesen Kundgebungen irgendwelchen Wert beigemessen, ihr naturgemäßer Ziel, wenn sie ernsthaft gemeint gewesen wären, hätten ja auch nur in allgemeinen Christenmassakres bestehen können, was für die Zukunft, da die Türkei christliche Verbündete nicht mehr habe, unter Umständen nicht ausgeschlossen sei.

Die Unmöglichkeit großer Unternehmungen im Angriß lag begründet in der inneren Zerrüttung der Türkei, die nicht nur auf dem militärischen, sondern auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet immer wieder zutage trat. Erschwerend kam hinzu die mißtrauische Art, in der vor allem der junge Kriegsminister Enver Pascha jede Geltendmachung deutschen Einflusses hintanzuhalten versucht hat. Und was ganz besonders zu bedauern ist, die Deutsche Botschaft in Konstantinopel hat wenig oder gar nichts getan, um den Marschall Liman von Sanders zu stützen und zu halten bei seinen Bemühungen dafür, daß Deutschland seinen gewaltigen Aufwendungen in der Türkei maßgebend eingreifen konnte. Ja, aus der Botschaft heraus stammte wohl so manche der Aktionen, mit denen sich Enver gegen Liman gearbeitet wurde.

Der ungelöste Zwiespalt zwischen Regierung und Oberster Heeresleitung hat sich auch auf dem türkischen Kriegsschauplatz so unheilvoll geltend gemacht. Das alte Gerede von der Eiferjucht der Ressorts gegeneinander hat dort wie hier oft eine entscheidende Rolle gespielt. Niemals hat Marschall Liman veräußert, die schweren Folgen, die er von den Plänen des türkischen Oberkommandos befürchtete, in eindringlichen Berichten voranzusagen. Fast immer wieder wurde er mit wenig beruhigenden Versicherungen abgewiesen. Der Versuch Limans, aus dem türkischen Wirkungskreis zu scheiden, wenn er auf unheilvolle Bahnen gedrängt werden sollte, scheiterte jedesmal an dem kategorischen „Nein“ des Kaisers. Auch durch mündliche Berichterstattung, die ihm einige Male auf sein dringendes Verlangen gestattet wurde, kam er nicht zum Ziele. Es tritt auch aus seinen Schilderungen wieder hervor, daß der Kaiser nicht liebt, von Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten zu hören. In einer längeren Unterredung, zu der ihn der Kaiser entboten hatte, gelang es dem Marschall nicht, das Gespräch von den vergangenen Dingen auf die wichtigen Probleme der Gegenwart und der Zukunft zu bringen. „Die Erwartungen, die Deutschland vor dem Krieg auf die allseitige Entwicklung der Türkei gestellt und auch nach verschiedener Richtung durch Einsetzung eigener Distanz unterstügt hatte, waren“, so schließt Liman von Sanders,

„hochgepöndelt, aber sie waren nicht gänzlich aussichtslos. Die Forderungen, die Deutschland während des Krieges an die Türkei als Verbündeten gestellt hat, haben auf wirtschaftlichem Gebiet zum großen Teile verflucht. Auf militärischem Gebiete waren die deutschen Erwartungen der türkischen Betätigung unmöglich. Die Türkei sollte nicht nur die Meerengen verteidigen, ihre eigenen Grenzen auf ungeheuren Entfernungen schützen, sondern sie sollte Mesopotamien erobern, Persien unabhängig machen, in Transkaukasien die Schaffung selbständiger Staaten vorbereiten, womöglich in der Folge durch Afghanistan Indien bedrohen und schließlich auch noch auf europäischen Kriegsschauplätzen aktive Hilfe leisten! — Auf die Türkei unter ihrer damaligen militärischen Leitung entfällt die volle Verantwortlichkeit, daß sie nicht verstanden hat, ihre Ziele mit ihren materiellen Mitteln in Einklang zu bringen. Auf Deutschland entfällt der Vorwurf, daß dort die Kiste und Klare sachliche Beurteilung gefehlt hat, was die Türkei mit ihren Nachmitteln zu leisten imstande war. Es scheint, daß die Gedanken von Tausendundeiner Nacht oder an die Lustspiegelungen der arabischen Wüste das scharf abwägende Urteil in der Heimat getrübt haben.“

Wilson schon 1913 im Kriegskomplot?

Dem deutschen Gesandten v. Kemnitz, der von der Deutschen Volkspartei als Reichstagskandidat für den Kreis Frankfurt a. O. aufgestellt worden ist und der während des Krieges im Auswärtigen Amt einen Teil der diplomatischen Geschäfte für Oasien und Mittelamerika zu führen hatte, war in Wahlversammlungen von parteipolitischen Gegnern vorgehalten worden, daß er für die Abwendung der Mexikonote, die von Wilson als willkommene Kriegshilfe gegen Deutschland benutzt worden ist, die Verantwortung trage. (Während des Krieges war von deutscher Seite bekanntlich dem Präsidenten Carranza ein Bündnis mit Deutschland vorgeschlagen worden für den Fall, daß Wilson am Krieg teilnehme. Die betreffende Depesche war an die Engländer vertragen und von ihnen aufgefangen worden und sie brachten sie sogleich Wilson zur Kenntnis.) Kemnitz wehrt sich dagegen, für die ungeschickte und unvorsichtige Art der Uebersetzung jener Berliner Weisung über die deutsche Botschaft in Washington an den deutschen Gesandten in Mexiko, verantwortlich gemacht zu werden. Wohl aber bekennt er sich als Vater des Gedankens, durch Mexiko die Anknüpfung einer Verbindung mit Japan zu versuchen. In diesem Zusammenhang teilt Kemnitz einige Tatsachen mit, die für die Öffentlichkeit völlig neu und überraschend sind: Nach seinen Angaben haben Anfang 1916 in Stockholm deutsch-japanische Besprechungen stattgefunden, die, wie von Kemnitz behauptet, „nicht ohne unsere Schuld und gegen meinen Rat gescheitert sind.“ Ferner vertritt er die Meinung, daß der Krieg mit Amerika auch ohne das Bekanntwerden der Mexikonote und auch ohne den unbeschränkten Tauchbootkrieg gekommen wäre, denn, so erklärt er, „wir haben ziemlich schlüssige Beweise dafür in der Hand, daß sich Wilson schon im Jahre 1913 mit England einig wurde, und ich habe es nie verstanden, daß man diese Beweise, die zugleich die planmäßige Vorbereitung des Weltkrieges durch England dar- tun, nicht veröffentlicht hat.“ Die deutsche Öffentlichkeit hat wohl ein Recht, darüber näheres zu hören.

Neues vom Tage.

Deutsch-ungarischer Bauernbund.

Budapest, 18. Mai. Hier ist ein Deutsch-ungarischer Bauernbund gegründet worden. Im Namen des Organisationsausschusses erklärte der Staatssekretär im Ministerium der nationalen Wiederheiten, Dr. Steuer, die neue Organisation wolle verhindern, daß das patriotisch gesinnte Deutschthum unter die Führung unerbauener alldeutscher Agitatoren gelange und wolle dahin wirken, daß ein friedliches Zusammenarbeiten zwischen Deutschthum und Magyarentum auch weiterhin bestehen bleibe. Zum geschäftsführenden Leiter des Bundes wurde Dr. Steuer bestellt.

Der Streik in Frankreich.

Paris, 17. Mai. Wie der „Matin“ meldet, werden heute die Eisenbahngesellschaften Orleans, Südbahn und Paris-Lyon-Mittelmeer ihre Reparaturwerkstätten ...

### Die Streitentscheidung abgelehnt.

Berlin, 18. Mai. Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Arbeiter für Einkommensverluste durch den Generalstreik abgelehnt. Der Entschädigung verhafteter und verurteilter Elbaf-Lothringener wurde zugestimmt.

Berlin, 18. Mai. Der Reichsminister des Innern erwidert die Einzelstaaten, von allen Einschränkungen der Wahlfreiheit, Zeitungsverboten usw. tunlichst abzusehen. Der in einem großen Teil des Reichs noch bestehende Ausnahmezustand könne allerdings im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Lage nicht aufgehoben werden.

### Verständigung der Reichsbetriebe.

Düsseldorf, 18. Mai. In einer Zentrumsversammlung erklärte nach der „Börzenzeitung“ Reichsfinanzminister Wirth, zur Beschaffung ausländischer Reichskredite werde eine Treuhändergesellschaft gegründet, der große Industrie- und leistungsfähige Vereinigungen angehören sollen. Wenn die Reichsbetriebe weiterhin mit Verlusten arbeiten, so müssen diese Betriebe ausländischen Kapitalgesellschaften überlassen werden, damit das Reich ausländische Kredite erhalte.

München, 18. Mai. Der „Münchn. Ztg.“ zufolge schweben zwischen der bayerischen und der ungarischen Regierung Verhandlungen wegen Austausch von bayerischen Restbeständen aus Heresegütern gegen Lebensmittel, Häute, Schwefelkies und Wein. Auch mit Rumänien sollen solche Verhandlungen eingeleitet sein.

### Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 18. Mai. Bei den Landtagswahlen erhielten die bürgerlichen Parteien 19 Sitze (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Bauernbund 10, Demokratische Partei 5, Handwerker 4), die Sozialdemokraten 15, die Unabhängigen 1. Bisher hatten die vereinigten Sozialisten 18 Sitze, die Bürgerlichen 17 Sitze.

### Die Kronenwährung in Nordschleswig.

Berlin, 18. Mai. Der Generalstreik, der bereits in der zweiten Zone als Protest gegen die Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone entworfen worden war, scheint, wie dem „Berliner Lokalan.“ aus Flensburg berichtet wird, durch Entgegenkommen der Internationalen Kommission abgewendet.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Paris, 18. Mai. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Straßburg wurde gestern Graf Rapp mit seinen Mitarbeitern wegen eines neutralistischen Anschlags in Abwesenheit zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt. Heute beginnt das Verfahren gegen die Neutralisten, die in Straßburg Ende vorigen Jahres verhaftet worden waren. (Die Neutralisten wollten ein selbständiges Elbaf-Lothringen.)

### Die beweglichen Verpflichtungen.

Die „Tägliche Rundschau“ berichtet, Reichsfinanzminister Dr. Wirth habe kürzlich hervorgehoben, daß eine Bestimmung, wonach die zunehmende Leistungsfähigkeit des deutschen Volks eine Zunahme seiner Verpflichtungen nach sich ziehe, genau dieselbe Wirkung haben müsse, wie der Zustand der Leibeigenschaft und Sklaverei. Wenn Herr Müllerand eine solche Bestimmung für gerecht halte, müßten unsere Vertreter in Spa ihn darüber aufklären, daß das deutsche Volk unter keinen Umständen einen solchen Zustand der Sklaverei ertragen könne.

### Nur 100 000 Mann.

Paris, 18. Mai. Die Blätter melden, in der Besprechung in Syde sei vereinbart worden, Deutschland dürfe vom Juli ab unter keinen Umständen mehr als 100 000 Mann unter Waffen haben. (In San Remo hatte Lloyd George erklärt, die Bitte Deutschlands, 300 000 Mann behalten zu dürfen, werde wohlwollend geprüft werden.)

### Neues Kabinett in Belgrad.

Belgrad, 18. Mai. Am 15. Mai ist ein Koalitionskabinett gebildet worden, in dem Basnitsch (Radikaler) Ministerpräsident, Trumbitsch (Dalmatiner) Minister ohne Portefeuille ist. Das Kabinett umfaßt neun Mitglieder der ehemaligen Mehrheitspartei und acht Mitglieder der Demokratischen Partei, die die Opposition bildet.

### Erhebung der Thrazier.

Rom, 18. Mai. Die „Epoca“ meldet, ganz Thrazien werde gegen die Griechen aufstehen. Die Erhebung wird von türkischen Offizieren geleitet. (Thrazien ist bekanntlich in San Remo Griechenland zugesprochen worden.)

### Die Lage in Irland.

London, 18. Mai. Auf Irland wurden Truppen gelandet, die über das Land verteilt werden sollen. Laut „Times“ hat am 15. Mai ein Kongreß der Einwohner in Rosconiman beschlossen, die Ländereien, die nicht hinreichend besiedelt sind, den Besitzern fortzunehmen, im Notfall mit Gewalt. (Der Grund und Boden in Irland ist größtenteils Eigentum von Engländern, die ihn für Pächter.)

### Der Zustand im Osten.

Haag, 18. Mai. Die „Morning Post“ schreibt: Jetzt, wo Armenien willenlos vor den Bolschewisten liegt, ist der Zustand im Osten noch ernstlicher geworden. Kemal Pascha bedeutet in Anatolien eine Macht, mit der gerechnet werden muß. Er ver Pascha steht mit 20 000 fanatischen Anhängern im Kaukasus und findet viel Unterstützung bei den Kurden. Der Einfluß der Russen erstreckt sich auf den Kaspischen und den Tigris und die Bolschewisten werden kein Mittel verschmähen, um ihren Einfluß dort zu verfestigen.

### Keine holländischen Ausgaben für den Kaiser.

Haag, 18. Mai. In Erwiderung einer Anfrage erklärte der Minister des Innern, daß für den vormaligen deutschen Kaiser aus dem Staatschatz niemals irgendwelche Geldmittel gezahlt worden seien. Für den vormaligen Kronprinzen seien insgesamt 14 500 Gulden ausbezahlt worden, um die Insel Biezingen für ihn einzurichten. Solange der gegenwärtige Zustand fortdauere, werde in gleicher Weise wie bisher verfahren. — Der Kaiser ist am 15. Mai nach Doorn übergeben.

### Politischer Mord.

Beuthen i. O., 18. Mai. In Altdorf, Kreis Pleß, ist der sozialdemokratische Parteisekretär Kroczeck durch Revolvergeschosse ermordet worden. Die Tat ist von groß-polnischer Seite ausgegangen.

### Volles Einverständnis.

Wien, 18. Mai. Nach Mitteilung des polnischen Gesandten Sarota an Pressevertreter hat der polnische Minister des Aeußeren auf seiner Reise nach Paris, San Remo und Rom bei den leitenden Männern der Entente volles Einverständnis für Polens Haltung gegenüber Sowjet-Rußland gefunden. Der polnische Vormarsch sei als notwendige Maßregel gewürdigt worden. In der Danziger Frage werde dem polnischen Verlangen nach Durchführung des Versailler Vertrags Rechnung getragen. Zur Konferenz in Spa würden Vertreter Polens zugezogen werden.

### Volschewismus in Frankreich.

Paris, 18. Mai. Nach dem „Journal“ hat die Unternehmung gegen die Gewerkschaftsführer Schriftstücke zutage gefördert, die erweisen, daß der Plan bestand, in Frankreich die Sowjetrepublik zu errichten. Sechs Anarchisten sind verhaftet.

Berlin, 18. Mai. Das Reichswirtschaftsministerium, das in allen Selbstverwaltungskörpern ein unbedingtes Einspruchsrecht, besonders gegen Preis erhöhungen, besitzt, beabsichtigt diese seine Stellung noch mehr zu festigen, indem es in alle Selbstverwaltungsorganisationen Vertreter der reinen Verbraucher, vor allem Arbeiter, Konsumvereine, Stadtverwaltungen hineinversetzt, die gegen übermäßige Preissteigerungen stimmen können. Auch daran wird gedacht, Beamten und Hausfrauenvereine in die Körperschaft hineinzubringen.

### Griechenland als Kriegsgewinnler.

Paris, 18. Mai. Dasas meldet aus Washington, der Senat habe eine Entschließung Lodge's angenommen, der zufolge Spinas anschließend Koriza, die Inseln des Ägäischen Meeres und die Westküste Kleinasien, Griechenland zugesprochen werden müssen.

### Ein Tauchboot gesunken.

Stockholm, 18. Mai. Eines der größten und modernsten Unterseeboote Schwedens ist im Hafen von Karlskrona gesunken. Menschen befanden sich während des Untergangs des Bootes nicht an Bord.

## Aus Stadt und Land.

Allensteia, 19. Mai 1920.

Die Wahlkreisinteilung. Bekanntlich ist die Wahlkreisinteilung so erfolgt, daß der 16. Wahlkreis die Bezirke Calw, Nagold u. Renzburg, der 17. Wahlkreis die Oberamtsbezirke Oberndorf, Freudenstadt, Sulz u. a. S. umfaßt. Vorsitzender des Kreiswahlausschusses im 16. Wahlkreis ist Oberamtmann G. S. in Calw, im 17. Wahlkreis Regierungsrat Haller in Oberndorf.

Eisenbahnfrage. Vom 1. Juni 1921 ab werden die Reichseisenbahnen, wie der „Berl. Lokalan.“ meldet, nur noch zwei Wagenklassen fahren.

Die Feuerversicherung ist in den meisten Fällen heute ganz ungenügend. Wer von einem Brandunglück betroffen würde und in die Lage käme, durch das Feuer zerstörte Gegenstände neu beschaffen zu müssen, würde ruindösen Schaden erleiden. Es ist daher dringend zu raten, die Versicherung baldigt zu erhöhen.

Geldscheine mit bedruckten Papierstreifen. In der letzten Zeit wurden wiederholt Geldscheine mit bedruckten Papierstreifen über- oder zusammengeklebt, deren Inhalt gegen die Strafgesetze verstößt. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß mit beschriebenen oder bedruckten Streifen beklebtes Papiergeld nach § 42 des Str.-G. B. eingezogen werden kann. Demnach setzt sich jeder, der solches Papiergeld in seinen Besitz bringt, der Gefahr aus, dieses Geldes verlustig zu gehen. Man weise beklebtes Papiergeld, bei dem das Klebpapier bedruckt oder beschrieben ist, stets zurück. Dagegen ist es zulässig, zerrissenes Papiergeld mit Markenpapier zu kleben.

Die Brotnot. Die Reichsgetreidebestelle fordert die selbstbewirtschaftenden Kommunalverbände auf, sämtliche Vorräte an Getreide und Mehl, die den für die versorgungsberechtigte Bevölkerung bis 15. Juni 1920 erforderlichen Bedarf übersteigen, an die Reichsgetreidebestelle abzuliefern, da ihre Bestände nahezu völlig erschöpft sind. Die Reichsgetreidebestelle will die Ablieferung aus dem Auslandsgetreide, dessen Ankauf in den nächsten Wochen erwartet wird, wieder ersetzen.

Reichsviehählung. Am 1. Juni d. J. findet im Deutschen Reich eine Viehzählung statt, die sich auf Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen erstreckt. Die Ergebnisse der Viehzählung dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben. Die Angaben dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, dagegen nicht zu Steuerzwecken genutzt werden. Die Benutzung der Zählsergebnisse für Maßnahmen der öffentlichen Bewirtschaftung ist unzulässig.

Zuckerrißenbau 1920. Nach Umfrage des Vereins der deutschen Zucker-Industrie vom 5. bis 15. Mai beträgt die Zuckerrißenanbaufläche in diesem Jahre 280 207 Hektar gegen 270 125 Hektar im Vorjahr, das ist eine Vermehrung von 3,7 Prozent. Am stärksten ist die Vermehrung prozentual in der Provinz Brandenburg, Mecklenburg und Pommern.

Herabsetzung des Zinsfußes. Die Württ. Landtagsparlamente setzt ab 1. Juli den Einlagenzins von 4 auf 3 1/2 Prozent herab.

Beamtenvermehrung. Nach dem Uebergang der Württ. Post an das Reich wurde die Zahl der Postabteilungen in Württemberg (Oberpostdirektion Stuttgart) von einer auf vier erhöht und die Zahl ihrer Posträte mehr als verdoppelt. Die Postverwaltung glaubt, daß es jetzt eher möglich sein werde, den Postbedürfnissen, die sich seit 1914 verzehnfacht haben, zu genügen.

Der Bezug von Brennstoffen ist nur durch Bezugsschein gestattet. Auch für Industrieort, Torfaufl und Torfstreu ist die Bezugsgenehmigung des württ. Landesbrennstoffamts erforderlich.

Die Stimmzettel für die Reichstagswahl werden für Württemberg in Stuttgart hergestellt und durch Vermittlung der Oberämter ausgegeben. Die Stimmzettel für die Landtagswahl werden auf Veranlassung der Vorsitzenden der Kreiswahlausschüsse hergestellt und durch die Oberämter den Gemeinden zugestellt. Die Uebermittlung der Stimmzettel an die Wähler erfolgt durch die Gemeinden. In der Regel hat sie durch Beauftragte der Gemeinde zu erfolgen.

Gebauenen. 17. Mai. (Landwirtschaftliches.) Am vergangenen Sonntag fand in der „Traube“ eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des landw. Bezirksvereins statt, um aus dem Munde des Verbandsekretärs Hummel über wichtige landwirtschaftl. Fragen der Gegenwart unterrichtet zu werden und Stellung zu nehmen zu der Aufhebung der Zwangswirtschaft, die auf dem Verbandstag des landw. Hauptverbandes am kommenden Mittwoch in Stuttgart behandelt werden soll. Es war eine Lust, dem überaus gewandten Redner während seiner 1 1/2 stündigen Ausführungen zu folgen. Nicht agitatorisch, aufrichtig gegen andere Berufsstände, sondern verständnisvoll, das Wohl des Ganzen, des deutschen Volkes, im Auge behaltend, suchte er teils mahnend, teils warnend die Landwirte zu eigenem Nachdenken in dieser wichtigen Sache zu veranlassen. Er veräumte nicht, die bittere Notwendigkeit dieser Maßregel zu Beginn des Weltbrandes zu begründen u. in treffender Weise darzulegen, wie unsere Volkswirtschaft es war, die schon vor dem Krieg falsch eingestellt, achsellos an dem Zeichen der Zeit vorüberging und wie besonders die Landwirtschaft durch die luxuriösen Ansprüche in Bezug auf die Ernährung gezwungen wurde, ihr Hauptaugenmerk der Viehzucht zuzuwenden und die Getreidebewirtschaftung vernachlässigen zu lassen. Er zeigte aber auch in seiner treffenden Art wie die Regierung nun doch daran gehen sollte, diese Fesseln der Landwirtschaft abzunehmen und letztere nicht anders zu behandeln als die übrigen Berufsstände, bei denen der Zwang längst beseitigt wurde; auch hier suchte er die Maßnahme dadurch zu mildern, daß eben die Erzeugnisse der Landwirtschaft Dinge des notwendigen täglichen Bedarfs sind. Als Kenner der landw. Betriebe gab er die ungewöhnliche Meinung kund, daß die Zwangswirtschaft in ihrer jetzigen Form kein Recht mehr habe weiter zu bestehen, da ihre Folgen wirtschaftlich und moralisch den Bauernstand um Jahrhunderte zurückwerfen. In der lebhaften Aussprache zeigte sich, daß die Mehrzahl der anwesenden Erzeuger auf dem Standpunkt stand, die völlige Abschaffung der Zwangswirtschaft zu fordern, während der kleinere Teil, vor allem der Bezirksvorsitzende Kleiner, die Ansicht hatte, daß die Getreidebewirtschaftung in ihrer jetzigen Form, allerdings unter wesentlicher Erhöhung des Erzeugerpreises, beibehalten werden sollte, um die Ernährung der Stadt- und Industriebevölkerung sicher zu stellen. Die ausgezeichnete verlaufene Versammlung bot ein Beispiel dafür, daß es möglich ist, solche wichtige Fragen ohne heftige Tätigkeit auf gesunde Bahnen zu lenken und der Vorsitzende Kleiner sprach allen Anwesenden aus dem Herzen als er dem Redner den wärmsten Dank übermittelte.

Freudenstadt, 17. Mai. (Hiebei in Freudenstadt.) Am Sonntag Nachmittag sprach in der städt. Versammlung hier vor etwa 700 Zuhörern Kultminister Dr. Hieber über die politische Lage und die Wahlen. Die zweistündigen Ausführungen des Redners wurden ohne Zwischenruf von der großen Zuhörerschaft mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt.

Ulm, 18. Mai. (Ortsvorsteherwahl.) Bei der Schullehrerwahl am Sonntag erhielt Schullehrer Bower von Klingenberg von 498 abgegebenen Stimmen 294, der Gegenkandidat, Stadtschullehreramtsschreiber Rad. Schorndorf 194 Stimmen.

Ulm, 18. Mai. (Guter Abschluß.) Die C. D. Magirus A. G. hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 738 336 Mark. Der Vorstand schlägt die Verteilung einer Dividende von 14 Proz. auf das Stammkapital von 4 500 000 Mark vor. Die Firma hat sich nun auf den Bau von Eisenbahnwagen eingerichtet.

Der Monteur Joseph Schneider und der Kaufmann Joh. Knoblauch, die in Neu-Ulm Zelle im Wert von 35 000 Mark gestohlen hatten, sind in München verhaftet worden. — Auf einem Langholzstapel wurden zwischen den Balken versteckt 3 geschlachtete Rinder und 2 Schweine gefunden. Der Fuhrmann wußte von nichts.



**Staubenuren, 18. Mai.** (Einbruchsdiebstahl.) In Dypingen sind in der Nacht auf Sonntag etwa 80000 Mark für Haber eingenommenes Geld durch Einbruch gestohlen worden.

**Obenhäuser, 18. Mai.** (Hagelschlag.) Am Sonntag nachmittag ging über unsere Gegend ein schweres Hagelwetter, begleitet von einer Windstöße, nieder. In Rottum stürzten Gebäude ein. Roggen ist bis zu 90 Prozent vernichtet. Es ist Schaden von mehreren Millionen Mark entstanden.

**Stuttgart, 18. Mai.** (Staatsministerium und Einwohnerwehr.) Die Frage: wer beruft und kommandiert die Einwohnerwehr? ist nach amtlicher Mitteilung vom Staatsministerium folgendermaßen entschieden worden: „Die Einberufung der Einwohnerwehren wird im allgemeinen vom Ministerium des Innern angeordnet. Erfolgt sie ausnahmsweise durch das Oberamt oder die Gemeindebehörden, so ist so bald wie möglich die Genehmigung des Ministeriums des Innern nachzusuchen. Einberufungen, die sich auf das ganze Land oder über das Gebiet von Groß-Stuttgart erstrecken, erfolgen durch das Staatsministerium, dessen Beschluß durch das Ministerium des Innern unverzüglich herbeizuführen ist. Von dem Augenblick der Einberufung der Einwohnerwehr ab liegt die Befehlsgewalt militärisch-taktischem Sinne in den Händen der Oberleitung der Polizeiwehr. Die Entlassung erfolgt auf Antrag der Oberleitung der Polizeiwehr von derjenigen Stelle, die die Einberufung ausgesprochen hat.“

**Stuttgart, 18. Mai.** (Anfrage.) Die Abgeordneten Schott, Wiber und Reichwänger (S.P.) haben folgende Anfrage an das württ. Staatsministerium gerichtet: In einer Sitzung der Zentralstelle für Heimdienst wurde beschlossen, zum Zweck der Wahlpropaganda für die Mehrheitsparteien den Betrag von 10 Millionen Mark aus Reichsmitteln anzufordern. Was hat die württ. Regierung getan, um einer derartigen ungesetzlichen Vergewaltigung öffentlicher Mittel entgegenzutreten? Was gedenkt sie zu tun, um einer amtlichen Beeinträchtigung der freien Entscheidung der Wähler entgegenzutreten?

Konrad Kaufmann fordert in einer Anfrage an den Ernährungsminister die Freigabe des Kartoffelverkehrs innerhalb Württembergs bis zur nächsten Ernte. Nachdem die Ausfaat erledigt ist, sind erhebliche Mengen Kartoffeln frei geworden, die aber infolge der Verkehrsbeschränkung sehr schwer in die Städte hereinkommen können.

**Stuttgart, 18. Mai.** (Kath. Vereinshaus.) Wie man hört, soll der „Europäische Hof“ in ein kath. Vereinslokal unter Beteiligung der Kongregation in Untermarchtal umgewandelt werden.

**Stuttgart, 18. Mai.** (Gasvergiftung.) Der frühere Stadtpfarrer an der Matthäuskirche in Heßlach D. David Koch ist in vergangener Nacht einer Gasvergiftung zum Opfer gefallen. Der so unerwartet dahingegangene, früher Pfarrer in Unterbalzheim, war nicht nur ein bester Kantist, sondern auch ein sehr fruchtbarer und vielgelesener Schriftsteller. Die bekannte Zeitschrift „Christliches Kunstblatt“ wurde von ihm viele Jahre mit ausgezeichnetem Erfolg geleitet.

**Gaunstatt, 18. Mai.** (Kirchenweihe.) Nachdem kürzlich die Winterhadenskirche geweiht worden war, wurde am Sonntag auch die Kirche für die äußere Redarwisch, die evangl. „Quellenkirche“ durch Prälat Stahlhofer feierlich eingeweiht.

**Heilbronn, 18. Mai.** (Todesfall.) In einem Herzschlag starb der hiesige Oberamtsvorstand, Regierungsrat Mägling, der seit 1912 hier tätig ist.

**Biberach a. N., 18. Mai.** (Unwetterkatastrophe.) Wie schon berichtet, ging am Sonntag mittag über die Biberacher Rottum und Mittelbuch ein furchtbares Unwetter mit Hagelschlag nieder. Eine Windstöße in Rottum 12-15, in Mittelbuch 2 Häuser zusammen. 7 Personen wurden verletzt, 2 davon schwer. In Mittelbuch sind fast alle Häuser beschädigt. Die Obstbäume wurden entwurzelt und auch im Wald schwerer Sturmschaden angerichtet. Der Hagelschlag hat die Winterfrüchte sehr mitgenommen. Bei Rottum steht fast kein Obstbaum mehr aufrecht. Auch Vieh wurde erschlagen. Der Schaden geht in die Millionen. Eine öffentliche Hilfsleistung wird sofort eingeleitet werden.

**Vom Oberland, 18. Mai.** (Generente.) Wenn das Wetter es läßt, wird im Allgäu und in der Ravensburger Gegend in dieser Woche mit der Generente begonnen.

### Ev. Landeskirchenversammlung.

**ep. Stuttgart, 18. Mai.** § 1 des Pfarrbesetzungsgesetzes bestimmt nach den Beschlüssen des Ausschusses, daß der Oberkirchenrat vor dem Ausschreiben jeder Pfarrstelle einen Vertreter in die Gemeinde zu mündlicher Besprechung mit dem Kirchengemeinderat zu entsenden hat. Abg. Reiff beantragt, daß dieser Vertreter „in der Regel der Prälat des Sprengels“ sein soll; dadurch werde eine engere persönliche Fühlung zwischen Kirchenbehörde und Gemeinden hergestellt. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. — Bei § 2 erhebt sich eine lebhafte Aussprache darüber, ob künftig der Oberkirchenrat den Gemeinden einen Bewerber vorschlagen soll, gegen den sie Einsprache erheben können (Entwurf und Beschluß des Ausschusses), oder drei, aus denen sie zu wählen haben (Dreierorschlag, Antrag des Reichspostleiters Reiff). Für den Dreierorschlag wird die Notwendigkeit geltend gemacht, die Gemeinden zu größerer Selbstständigkeit zu erziehen, während die Anhänger des Einervorschlags gegen jede Art von Pfarrwahl Bedenken erheben (Nachsprachen der Gemeinden, Konkurrenz der Pfarren).

### Das neue Besoldungsgezet.

Dem Landtag ist der Entwurf eines Besoldungsgezetes für Württemberg zugegangen. Das Dienstlohnkommen der Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrer setzt sich zusammen aus einem Grundhalt und einem Ortszuschlag. Dazu kommen noch Kinder- und Feuerungszuschläge. Die Beamten sind in 13 Gruppen zusammengefaßt und in die Gehaltsordnung eingegliedert. Die Regelung der Besoldungen im Reich bildet die Grundlage. Das hervorsteckendste Material der neuen Ordnung ist die sehr starke Verminderung der Spannung zwischen den Gehältern der unteren und oberen Besoldungsgruppen. Mit der Neuordnung des Besoldungswesens ist auch eine allgemeine Regelung der Frage der Amtsbezeichnungen in Aussicht genommen. Der Mehrzahlwandel gegenüber den bisherigen Bezügen der Beamenschaft unter Einrechnung der bisher gewährten Feuerungszulagen beträgt mindestens 140 Millionen Mk. Wieviel die Gemeinden am Mehrzahlwandel für die Lehrer zu tragen haben, muß erst noch bestimmt werden. Die Besoldungsfrage soll mit dem Haushaltsplan für 1920 geregelt werden. Auch die Angehörigen der Polizeiwehr sind in das neue Besoldungsgezet eingeschlossen. Das Besoldungsdienstalter der Beamten beginnt mit dem Tag der Anstellung auf einer planmäßigen Stelle. Die Dienstalterszulagen werden von 2 zu 2 Jahren bis zur Erreichung des Höchstalters bewilligt.

Die Grundgehälter betragen in Gruppe 1 4000-6000 Mark (Hauswarte, Aufseher, Polizeiwachposten u. a.), Gruppe 2 4000-6400 Mark (Hausmeister, Aufseher, Pfleger und Pflegerinnen u. a.), Gruppe 3 4600-6900 Mark (Hausverwalter, Fortwarte, Kanzleischreiberinnen, Landjäger u. a.), Gruppe 4 5000-7500 Mark (Kanzleischreiberinnen, Betriebssekretären, Fortwarte, Oberlandjäger u. a.), Gruppe 5 5400-8100 Mark (Kanzleischreiber, Arbeitslehrerinnen, Betriebssekretäre, Förster, Gefängnisinspektoren, Stationskondamanten), Gruppe 6 5800-8700 Mark (Verwaltungs- und Justizsekretäre, Buchhalter, Gerichtsschreiber, Kanzleischreiber u. a.), Gruppe 7 6200-9300 Mark (Obersekretäre, Elementar-, Fach- und Hauptlehrer, Strafen- und Pfahmiller u. a.), Gruppe 8 6800-10200 Mark (Bezirksnotare, Lehrer auf gehobenen Stellen, Gewerbe- und Handelsschreiber, Präzeptoren und Reallehrer u. a.), Gruppe 9 7600-11400 Mark (Rechnungsräte, Kostaltärzte und Vorstände Fabrikbetriebe, Musiklehrer, Landwirt, Hofschreiber u. a.), Gruppe 10 8400-12600 Mark (Regierungsräte, Bau-, Berg-, Dekonomit- und Schularäte, Oberamts-, Amtsrat Landrichter, Staatsanwälte, Oberamtsmänner und Amtmänner, außerordentliche Professoren an den Hochschulen, Bibliothekare, außerordentliche Professoren, Rektoren, Studienräte u. a.), Gruppe 11 9000-14500 Mark (gehobene Stellen für Räte aller Art der Gruppe 10), Gruppe 12 11200-16800 Mark (Oberstaatssekretäre, Direktoren, Oberstaatsanwälte, ordentliche Professoren, Seminarrektoren), Gruppe 13 13200-20000 Mark (Ministerialräte, Landgerichtspräsidenten, Reichsratsbevollmächtigte, Regierungs- und Senatspräsidenten u. a.). Einzelgehälter von 22000 Mark werden an Präsidenten, Generalstaatsanwälte und Gesandte, von 25000 Mark an Ministerialdirektoren, von 28000 Mark an Staatsräte, von 35000 Mark an Minister gewährt.

Der Höchstgehalt in den einzelnen Gruppen wird in der Regel in acht Dienststufen erreicht.

Zum Grundgehalt wird ein Ortszuschlag gewährt, der an Stelle des bisherigen Wohnungsgeldes tritt, aber auch die sonstigen örtlichen Unterschiede der Kosten der Lebenshaltung ausgleichen soll. Das bisherige Ortsklassenverzeichnis soll neu geregelt und später dem Tarif des Reichs angegliedert werden. Der Ortszuschlag richtet sich einmal nach der Ortsklasse, dann nach dem Grundgehalt. Er beträgt in Ortsklasse A 2000-5000 Mark und fällt in der niedrigen Ortsklasse auf 1000-2200 Mark.

Die Kinderzuschläge betragen für Kinder bis zum 6. Lebensjahr monatlich 40 Mark, bis zum 14. Lebensjahr 50 Mark und bis zum 21. Lebensjahr 60 Mark.

Die Feuerungszuschläge werden bis zur Verabschiedung des Staatshaushaltsplans für 1920 mit 50 Proz. des Grundgehaltes, des Orts- und Kinderzuschlags gewährt. Auch auf die Pensionäre wird das Gezet ausgedehnt. Bezüglich des Ruhegehaltes werden die Bestimmungen ebenfalls den Reichsbeamten-Bezügen angegliedert. Der Ruhegehalt beträgt bei vollendetem 10. Dienstjahre ein Drittel des Gehalts und steigt bis zum 30. Dienstjahre jährlich um ein Sechstel und von da ab um ein Hundertzwanzigstel des Gehalts bis zum Höchstbetrag von drei Vierteln des Dienstgehaltes.

### Bermischtes.

**Kalendermerkwürdigkeit.** Seit dem 1. März d. J. stimmt der Kalender 1920 genau mit dem des Jahres 1915 überein, und zwar nicht nur bezüglich der Wochentage, sondern auch aller Festtage.

**Neue Brücke.** Die Stadt Augsburg läßt eine neue Brücke über die Wertach bauen. Der Voranschlag von 1914 betrug 400 000 Mark, jetzt sind die Kosten auf 3,7 Millionen berechnet worden.

**Denkmalschänzung.** Aus dem Hindenburg-Gedenkstein in Tellingingen wurde die bronzene Tafel ausgebrochen und gestohlen. Dem Dichtmal des Dichters Otto Ludwig wurde die Tafel abgeschlagen.

**Die geschwungenen Jume'n.** Das Gericht in Trellsborg (Schweden) hat die Gräfin Solms-Wildenfels und den Dr. Stohausen, die Jume'n des Prinzen von Wied (des früheren Fürsten von Albanien) und anderer Personen im Flugzeug nach Schweden verbrachten, wegen ungesetzlicher Warenzufuhr zu je 50 Kronen Geldstrafe verurteilt. Die Jume'n, die einen Wert von einigen Millionen haben, werden gegen die Entrichtung der Zollgebühren den Eigentümern zurückgegeben.

**Verflechtung von Herrschaft.** In einem Prozeß, der vor einigen Tagen in Berlin zur Verhandlung kam, wurde folgendes mitgeteilt: Das Reichsverwertungsamt, seit „Reichsverwertungsamt“ genannt, verkaufte an einen Kaufmann Max Fröhlich 325 000 neue Tornister, das Stück zu 3 (drei) Mark, ferner 50 000 Paar Hufeisenstaschen das Stück zu 2,50 Mk., 6200 Packtaschen zu 20 Mk., das Stück, 4000 Patronentaschen 2 Mk., 250 000 Kinnriemen 7 Pfg., 4000 Tragenriemen 1,30 Mk., 34 000 halbfertige Stahlhelme 3 Mk., 17 300 Vollhelme 3,50 Mk., 17 000 Fegersturzhelme 1 Mk., 380 Paar Lederamaschen 3 Mk., 1650 Ledermützen 2 Mk., 620 Lederhandschuhe 50 Pfg., 300 Kopfhelme 2 Mk., das Stück. In die Firma Arkel und Farchi wurden im März 1920 abgegeben: 15 163 Pelzjacken zu 12 Mk., das Stück, 311 Pelzbeken 12 Mk., 49 Nachtpeje 20 Mk., das Stück. Auf diese Preise wurde, da in der Nationalversammlung der Verkauf zur Sprache gebracht wurde, 88, 38 und 230 Mk. für das Stück nachbezahlt. Die Firma Schwarzschild und Sulzberger — Schwarzschild ist Direktor, Sulzberger Aufsichtsrat der Verwertungsstelle — kaufte von dem Verwertungsamt in Breslau Militärstücke zu 24 Mk. und gab sie an die Justizverwaltung daselbst um 38 Mk. weiter. In den russischen Staatsangehörigen Litwin wurden nach der „Krenzig“ sämtliche in Deutschland noch befindlichen Feldmägen, Feldbäckchen nebst Progen und Reserveteile im Gesamtwert von etwa 2 400 000 Mark durch das Reichsverwertungsamt verkauft zum Preis von 400 Mk. das Stück (Nennwert 8000 Mk.). Nach Litauen sollen 10 000 vollständige Militärarmaturen (Waffenstücke, Hüfen, Mägen usw.) geliefert worden sein. — Unsere Handwerker hätten für diese Waren gewiß gern weit höhere Preise bezahlt.

**Entstehung der Holand-England.** Zwischen Holland und England ist ein regelmäßiger Flugdienst aufgenommen worden. Gestern mittag landete in Amsterdam, von London kommend, das erste englische Flugzeug.

### Letzte Nachrichten.

**WZB. Berlin, 18. Mai.** Professor Fridhof Kaufen, der vom Volkshund den Auftrag übernommen hat die Möglichkeiten zu prüfen, die noch in Rußland wellenden Kriegsgefangenen heimzuschaffen, wurde am 15. Mai von Reichspräsidenten empfangen und machte ihm Mitteilungen über die Art und Weise, wie er sich seiner Aufgabe zu entledigen gedenkt.

**WZB. Berlin, 18. Mai.** Den Abendblättern zufolge meldet der Raderer Volkshund daß der Kreis Monshagen gestern plötzlich von belgischen Truppen in Stärke von 4 Kompanien besetzt worden sei, die die bisher aus 152 Mann bestehende franz. Besatzung abgelöst hätten.

**WZB. Berlin, 18. Mai.** Die seit Mitte April in Paris schwebenden deutsch-polnischen Verhandlungen sind in vier Kommissionen soweit gefördert worden, daß sie für abschließende Erörterungen im Plenum der Delegationen bereit sind. In Verhandlungen über die von Deutschland angestrebte Regelung des Durchgangsverkehrs mit Ostpreußen und die Sicherstellung der den Optanten durch den Friedensvertrag gewährleisteten staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte haben sich die Polen bisher nicht bereitgefunden, während die allierten Hauptmächte die Notwendigkeit einer schleunigen, vertraglichen Verkehrsregelung durch den sogenannten polnischen Korridor anerkannt und auch Verständnis für die deutsche Auffassung gezeigt, daß die Erledigung der Optionsfrage als äußerst dringlich anzusehen sei. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen über beide Fragen bald gemeinsam mit den Erörterungen über die übrigen Punkte abgeschlossen werden.

**WZB. Leipzig, 18. Mai.** Die heutige Leipziger Günterwerkigung hat wieder einen Preisabschlag von 20 bis 30% gegen die letzte Versteigerung ergeben.

**WZB. London, 18. Mai.** Aus Tcheran wird der Times gemeldet, daß die bolschewistischen Truppen die persische Grenze überschritten haben.

**WZB. Rom, 18. Mai.** (Stefani.) Mussi erhält Auftrag zur Bildung des Kabinetts.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul, Druck und Verlag der W. Rickerischen Buchdruckerei, Altensteig.

## Fleischabgabe in Altensteig.

Hiermit machen wir bekannt, daß wegen Mangels an Fleisch künftig jeweils am

### Freitag Vormittag

ausgegeben wird.

### Sämtliche Metzger Altensteigs.

Verkaufe morgen Donnerstag schöne Oberländer

## Milch- und Läuferchweine

in meinem Stall.

Widmann, Allmandle.

## Altensteig. Dankfagung.

Für die viele Liebe und Güte, welche unsere lb. Schwester, Schwägerin und Tante

### Caroline Steiner

auch von ihren Hausgenossen erfahren durfte, die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte von nah und fern, die vielen Blumen-spenden sagen herzlichsten Dank

### die trauernden Hinterbliebenen.

## Amtliche Bekanntmachungen.

Die Besitzer stationärer und ortsbeweglicher Explosions-motore (Verbrennungsmotore) wollen dies sofort hierher anzeigen, zwecks Mitteilung an das Rohstoff- und Auftragsamt Stuttgart.

Unter stationär fallen sämtliche in den Werkstätten, Fabriken und sonstigen Unternehmungen zum Betrieb aufgestellten Explosionsmotore und Benzol-Lokomobile. Unter ortsbeweglich sind die Sägen- und Trechmaschinen-Explosionsmotore, Motorboote und Benzol-Lokomobile zu verstehen.

Diesemjenigen Motorenbesitzer, welche der Meldepflicht nicht nachkommen, kein Anrecht auf Bezug von käuflichem Brennstoff geltend machen können. Jegliche weiteren Änderungen (Wasswechsel, Verkauf usw.) sind jeweils dem Rohstoff- und Auftragsamt, Abteilung Betriebsstoffe, Stuttgart, sofort mitzuteilen.

Die Anzahl der PS und der täglichen Arbeitsstunden ist gleichzeitig mitzuteilen.

Magd. den 17. Mai 1920. Oberamt: Münn.

**Bekanntmachung des Vorsitzenden des Landeswahlauausschusses, betreffend die Einreichung von Landes- und Kreisvorschlagslisten, sowie von Anschließerkklärungen.**

Es wird hienit zur Einreichung von Landes- und Kreisvorschlagslisten, sowie von Anschließerkklärungen für die am Sonntag, den 6. Juni 1920, stattfindende Landtagswahl aufgefordert.

**I.**

Die Landesvorschlagslisten müssen, um gültig zu sein, spätestens am 12. Tage vor dem Wahltag, das ist am Dienstag, den 25. Mai 1920, abends 6 Uhr, bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Landeswahlauausschusses (im Ministerium des Innern in Stuttgart, Dorotheenstr. 1, 1. Stock) eingereicht sein.

Die Landesvorschlagslisten dürfen beliebig viele Bewerber enthalten, die in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Namen und Vornamen (regelmäßig genügt der Rufname), Stand oder Beruf, und Wohnort (gegebenenfalls auch Wohnung) so deutlich zu bezeichnen sind, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Personen (Wählervereinigung) unterzeichnet und mit der amtlichen Beurkundung versehen sein, daß jeder Unterzeichner in eine Wählerliste des Landes eingetragen ist. Zuständig zu dieser gebührenfrei zu erteilenden Beurkundung ist das Schultheißenamt der Gemeinde, in deren Wählerliste der betreffende Unterzeichner aufgenommen ist.

Gleichzeitig mit der Einreichung der Landesvorschlagslisten muß eine schriftliche Erklärung jedes vorgeschlagenen Bewerbers über seine Zustimmung zur Aufnahme in die Liste vorgelegt werden. Kein Bewerber darf sich auf mehreren Landesvorschlagslisten gleichzeitig vorschlagen lassen.

Jede Landesvorschlagsliste soll mit einem auf die Parteistellung der Bewerber hinweisenden oder einem anderen Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Landesvorschlagslisten deutlich unterscheidet. Irreführende oder den guten Sitten zuwiderlaufende Bezeichnungen sind unzulässig. Fehlt ein solches Kennwort, so wird die Vorschlagsliste nach dem ersten Bewerber benannt. Jede Landesvorschlagsliste hat außerdem die Bezeichnung eines Vertreters der einreichenden Wählervereinigung nebst einem Stellvertreter zu enthalten. In Ermangelung der Bezeichnung eines Vertreters gilt der erste Unterzeichner als solcher. Der Vertreter ist berechtigt und verpflichtet, namens der Wählervereinigung die zur Beseitigung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Landesvorschlagslisten dienen nicht als Grundlage der Abstimmung, sondern ausschließlich zur Bewertung von Reststimmen.

**II.**

Die Kreisvorschlagslisten müssen, um gültig zu sein, für die einzelnen Wahlkreise spätestens am zwölften Tag vor dem Wahltag, das ist am Dienstag, den 25. Mai 1920, abends 6 Uhr bei dem Vorsitzenden des betreffenden Kreiswahlauausschusses eingereicht sein. Der Sitz der Kreiswahlauausschüsse und die Namen der Vorsitzenden derselben sind aus der Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom heutigen Tage ersichtlich.

Die Kreisvorschlagslisten dürfen bis zu sechs, im Wahlkreis Stuttgart-Stadt bis zu 18 Bewerber enthalten, die in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Namen und Vornamen (regelmäßig genügt der Rufname), Stand oder Beruf und Wohnort (gegebenenfalls auch Wohnung) so deutlich zu bezeichnen sind, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie müssen von mindestens zehn in dem betreffenden Wahlkreis wahlberechtigten Personen (Wählervereinigung) unterzeichnet und mit der amtlichen Beurkundung versehen sein, daß jeder Unterzeichner in eine Wählerliste des Wahlkreises eingetragen ist. Zuständig zu dieser gebührenfrei zu erteilenden Beurkundung ist das Schultheißenamt der Gemeinde, in deren Wählerliste der betreffende Unterzeichner aufgenommen ist.

Gleichzeitig mit der Einreichung der Kreisvorschlagslisten muß eine schriftliche Erklärung jedes vorgeschlagenen Bewerbers über seine Zustimmung zur Aufnahme in die Liste vorgelegt werden. Kein Bewerber darf sich auf mehreren Listen des gleichen Wahlkreises vorschlagen lassen.

Jede Kreisvorschlagsliste soll mit einem auf die Parteistellung der Bewerber hinweisenden oder einem anderen Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Kreisvorschlagslisten des gleichen Wahlkreises deutlich unterscheidet. Irreführende oder den guten Sitten zuwiderlaufende Bezeichnungen sind unzulässig. Fehlt ein solches Kennwort, so wird die Kreisvorschlagsliste nach dem ersten Bewerber benannt.

Jede Kreisvorschlagsliste hat ferner die Bezeichnung eines Vertreters der einreichenden Wählervereinigung nebst einem Stellvertreter zu enthalten. In Ermangelung der Bezeichnung eines Vertreters gilt der erste Unterzeichner als solcher. Der Vertreter ist berechtigt und verpflichtet, namens der Wählervereinigung die zur Beseitigung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die ordnungsmäßig befundenen Kreisvorschlagslisten werden unter Beschränkung auf das Kennwort und die Personalbezeichnung der Bewerber amtlich als Stimmzettel vervielfältigt. Jeder Wähler erhält für jede solche Kreisvorschlagsliste seines Wahlkreises rechtzeitig einen Stimmzettel amtlich verschlossen zugefandt. Außerdem wird in einem Vor- oder Nebenraum eines jeden Wahlraumes ein hinreichender Vorrat von jeder Sorte von Stimmzetteln dieses Wahlkreises amtlich aufgelegt. Andere Stimmzettel sind unzulässig. Die Kosten der Stimmzettelherstellung und -verwendung sind von den Einreichern der Kreisvorschlagslisten der Staatskasse hälftig zu ersetzen. Mit jeder Kreisvorschlagsliste ist der Betrag von 500 M. in barem Geld oder lombardsfähigen Wertpapieren bei dem Vorsitzenden des Kreis-

wahlauausschusses zu hinterlegen. Von der Hinterlegung ist die Verbreitung der Kreisvorschlagsliste in Form von Stimmzetteln abhängig.

**III.**

Wenn die auf eine Kreisvorschlagsliste entfallenden Stimmen, soweit sie nicht unmittelbar zur Zuteilung eines Abgeordnetenstitzes führen (Reststimmen), im Wege des Stimmenausgleichs für das ganze Land wirksam werden sollen, so muß von den Unterzeichnern der Liste oder deren Vertreter bis zum zwölften Tag vor dem Wahltag, das ist bis zum Dienstag, den 25. Mai 1920, abends 6 Uhr, beim Vorsitzenden des Kreiswahlauausschusses, bei dem die Kreisvorschlagsliste eingereicht wird, die schriftliche Erklärung eingereicht sein, welcher Landesvorschlagsliste die Kreisvorschlagsliste sich anschließt. (Anschließerkklärung). Die Zustimmung der Unterzeichner dieser Landesvorschlagsliste oder ihres Vertreters zu der Anschließerkklärung ist schriftlich zu erklären. Die Erklärung soll gleichzeitig vorgelegt werden. Verschiedene Kreisvorschlagslisten des gleichen Wahlkreises dürfen sich nicht an eine und dieselbe Landesvorschlagsliste anschließen.

Wenn sich eine Kreisvorschlagsliste nicht an eine Landesvorschlagsliste anschließt, so bleiben die auf sie gefallenen Stimmen, soweit sie nicht unmittelbar zur Zuteilung eines Abgeordnetenstitzes führen, unberührt. Im Falle des Anschlusses dagegen können diese Stimmen noch im Wege der Reststimmenerwertung mit zur Zuteilung von Sitzen an die betreffende Landesvorschlagsliste und an die ihr angeschlossenen Kreisvorschlagslisten führen.

Stuttgart, den 16. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Landeswahlauausschusses: Regierungsrat Dr. Widmann.

1. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Vorsitzenden des Landeswahlauausschusses ergeht hienit die Aufforderung,

1. Kreisvorschlagslisten für den 16. Landtags-Wahlkreis sowie

2. Erklärungen über den etwaigen Anschluß dieser Kreisvorschlagslisten an Landesvorschlagslisten

spätestens bis zum 12. Tag vor dem Wahltag, d. i. bis zum 25. Mai, 1920 abends 6 Uhr bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Kreiswahlauausschusses — Oberamtmann Gös in Calw — einzureichen.

Wegen der Vorschriften über Beschaffenheit und Inhalt der Kreisvorschlagslisten und der Anschließerkklärungen wird auf die vorherbezeichnete Bekanntmachung im Staatsanzeiger verwiesen. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Verbreitung der Kreisvorschlagslisten in Form amtlicher, bei der Wahl ausschließlich zu verwendender Stimmzettel davon abhängig ist, daß mit jeder Kreisvorschlagsliste der Betrag von 500 M. in barem Geld oder lombardsfähigen Wertpapieren bei dem Unterzeichneten hinterlegt wird. Der genannte Betrag dient als Sicherheit für die von den Einreichern der Kreisvorschlagslisten hälftig zu erziehenden Kosten der Stimmzettelherstellung und -Verwendung.

II. Als Beisitzer des Kreiswahlauausschusses für den 16. Landtagswahlkreis und als Stellvertreter derselben sind folgende Personen berufen worden:

- A. als Beisitzer
1. Herr Gustav Heinrich Wagner in Calw,
  2. „ Fabrikant Hippel in Calw,
  3. „ Konditor Marquardt in Calw,
  4. „ Karl Sider, Schriftfeger in Calw.

- B. als Stellvertreter:
1. Herr Privatier Kostendaber in Calw,
  2. „ Kaufmann Steuble in Calw,
  3. „ Robert Wagner in Calw,
  4. „ Friedrich Deyle, Kaufmann in Calw.

Calw, den 18. Mai 1920.

Der Vors. des Kreiswahlauausschusses für den 16. Landtagswahlkreis: Gös, Oberamtmann.

Forstamt Simmersfeld.

**Jagd-Verpachtung.**

Nachdem durch Nachgebote seitens der bisherigen Pächter das Ergebnis der off. Verpachtung des Distrikts Schloßberg (14 ha) unhaltbar geworden ist, ist eine erneute off. Verpachtung angeordnet worden.

Dieselbe findet Samstag, den 22. Mai, nachm. 2 Uhr im „Anker“ in Simmersfeld statt. Pachtzeit 6 Jahre.

Altensteig.

**Brotanstrich-Mittel**

**Alpezo**

weicher Streichkäse

1 Pfund Mk. 4.—

(räumungshalber)

bei Chr. Burghard jr.

Altensteig-Stadt.

Auf

**Aushilfsmarke 32**

entfallen

100 Gr. Weichkäse zu

2,90 pro Pfund

welche am Donnerstag, den

20. Mai ds. Js. bei Flaig

und Burghard abgeholt werden können.

Den 19. Mai 1920.

Stadtschultheißenamt.

Suche für sofort

ein ehrliches, williges

**Mädchen**

für Küche und Haushalt.

Frau Philipp Mast

Handelsgärtner, Calw.

Suche für sofort oder

1. Juni ein braves, ehrliches

**Mädchen**

bei gutem Lohn. Gelegenheit zur Erlernung des Kochens.

Frau Regierungsrat Thuma

Calw.

Fäusbronn — Hornberg.

**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Donnerstag, den 20. Mai 1920**

im Gasthaus zum Adler in Fäusbronn

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

**Philipp Herm**

Sohn des Karl Herm Fäusbronn.

**Marie Blach**

Tochter des Jakob Blach Schultheiß a. D. Hornberg.

**Kirchgang um 11 Uhr in Simmersfeld.**

Nachhochzeit findet keine statt.

**Fussboden-Riemen**  
Brüstungstäfel - Bretter und sonstige Hobelware

liefern wieder fortlaufend. Gutes Passen. Neue Maschinen.

**Graf & Kohler, Säge- und Hobelwerk, Dornstetten. Tel. 1.**

**Pfingstkarten**

empfiehlt die

**W. Rieker'sche Buchhandlung**

Altensteig.

Altensteig.

Prima

**Leichtbenzin**

zum rauchlosen Brennen für Feuerzengen, Benzinleuchter empfiehlt

**Lorenz Luz jr.**

Reines

**Eigelnb**

vom Kommunalverband

empfiehlt

**Schwarzwald Drogerie**

**+ Altensteig +**

Telefon 41.

Altensteig.

Jedes Quantum

**Altpapier**

(alte Bücher u. Zeitschriften) kauft fortwährend

**W. Kohler Buchbinder.**

Altensteig.

**Reis-Strohbesen**

(Zorghobesen)

mit und ohne Stiel.

**Piaffava-**

**Straßen-Besen.**

**Ginster-Besen**

sehr schöne

**Heidebesen**

per Stück 60 Pfg.

bei **C. W. Luz Nachf.**

Freig. Böhler jr.

Altensteig.

Fisch eingetroffen:



Feinste Nordsee-

**Schellfische**

bei

**Chr. Burghard jr.**

Prima

**Fahrrad**

mit neuer Gummibereifung unter zwei die Wahl zu verkaufen. Anzusehen Pfingstmontag von 10 Uhr ab.

**Walz, Egenhauserstr. 118.**

Renweiler.

Unterzeichneter verkauft am Pfingstmontag von 1 Uhr ab nachstehende, für Brautleute passende, neue Möbel:

1 Kleiderkasten

1 Weißzeugkasten

1 Waschkommode

mit Spiegelauflage

1 Paar Bettlatten

2 Nachttischen

**Friedrich Lörcher**

Schreiner.

**Berlobungskarten**

und

**Hochzeitskarten**

fertigt schnell und sauber bei

**W. Rieker'sche Buchh.**

